



So arbeiten wir

Um die Demokratie langfristig als Staats-, Gesellschafts- und Lebensform erhalten zu können, sollten sich auch im Nordosten noch weit mehr Menschen für das Gelingen gesellschaftspolitischer Prozesse mitverantwortlich fühlen und diese Form des Miteinanders als persönliche Chance und Bereicherung wahrnehmen. Ein Demokratieverständnis, das neben der Teilnahme an Wahlen die dauerhafte aktive Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger als Motor gesellschaftlicher Entwicklung betrachtet, wächst zwar, ist aber immer noch relativ gering ausgeprägt. Demokratie wird von einer Mehrheit als Staatsform akzeptiert aber bislang deutlich seltener auch als Gesellschafts- und Lebensform verstanden.

Die Beratungs- und Fortbildungsangebote unserer Regionalzentren zielen neben der Wissensvermittlung zu Extremismus und Populismus deshalb auch auf die Gewinnung bzw. Rückgewinnung der Teilnehmenden für gesellschaftliches Engagement. Durch Beratung, Bildung und Begleitung wird versucht, mehr Menschen für die Gefahren demokratiefeindlicher Haltungen zu sensibilisieren und sie dafür zu gewinnen, sich in ihrem beruflichen und privaten Alltagsleben aktiv für Demokratie einzusetzen. Die Interessierten werden durch Fortbildung, Beratung und Coaching gestärkt, Einzelne und Gruppen vernetzt und so die Umsetzung einer ganzen Reihe zivilgesellschaftlicher Projekte ermöglicht.

Die verbreiteten Vorstellungen von Demokratie sind oft sowohl von herabwürdigenden wie überhöhenden Erwartungen geprägt. Einerseits begegnen immer mehr Menschen der demokratischen Gesellschaftsordnung und ihren Akteuren mit Vorbehalten: Viele haben die Veränderungen der letzten Jahrzehnte als persönliche Krise erlebt, fehlende Anerkennung, Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und die Auflösung sozialer Bezüge prägten das Leben. Die Folgen waren häufig Resignation und Rückzug in die Sphäre des Privaten. Eine über lange Zeit immer weiter sinkende Wahlbeteiligung, abnehmendes gesellschaftliches Engagement und eine wachsende Hinwendung zu antidemokratischen Ideologien waren längere Zeit deutliche Warnsignale, die auch im Nordosten nicht mehr nur von einer kleinen Minderheit der Bevölkerung ausgingen. Inzwischen gibt es auch eine Gegenbewegung hin zu gesellschaftlicher Meinungsäußerung und -mitwirkung, die aber deutlich demokratiekritische Züge trägt. Von eher losen Zusam-

Motivation zur Demokratie

Befähigung zur Demokratie ... durch Wissen über Demokratie



GEFÖRDERT DURCH

menkünften, wie z. B. Pegida und ihren regionalen Ablegern, bis hin zu manifestem demokratiekritischem Wahlverhalten zeigen verschiedene Marker die Notwendigkeit, für Demokratie als Staats-, Gesellschafts- und Lebensform zu werben.

Gleichzeitig wird Demokratie aber auch unkritisch idealisiert und mit einer Vielzahl unrealistischer Forderungen und Erwartungen überhäuft: Demokratie soll transparent und schnell in ihren Maßnahmen sein, Wohlstand und Freiheit garantieren, allen individuellen Einzelinteressen in vollem Umfang entsprechen und Gleichheit der Lebensbedingungen gewährleisten.

Wachsende Unzufriedenheit mit der politischen Praxis ist vor dem Hintergrund solcher Erwartungshaltungen zwangsläufig. Unzulänglichkeiten der Alltagspolitik, mühsame und langwierige Verhandlungen und mitunter unbefriedigende Kompromisslösungen werden oft nicht als Wesensmerkmale demokratischer Praxis wahrgenommen, sondern häufig pauschal durch Unfähigkeit, Eigeninteressen oder Korruptierbarkeit der politischen Handelnden erklärt. Und die tatsächlichen Defizite oder gar Skandale um den Missbrauch politischer Macht vergrößern das Imageproblem der Demokratie zusätzlich.

Das Lernen über Demokratie als Staatsform ist ein seit langem erprobter Ansatz der politischen Bildung, der breite Berücksichtigung in schulischen und außerschulischen Lehrplänen findet. Diese Aufgabe ist wichtiger Auftrag des staatlichen Bildungswesens und wird durch unsere Regionalzentren vielfältig unterstützt und gestärkt. Dafür wirkt eine enge Zusammenarbeit mit den Organen und Akteuren des Schulwesens und der Bundes- bzw. Landeszentrale für politische Bildung, um das didaktische Spektrum gemeinsam gut abzudecken und zu verbreitern. Die Schulen sollen u. a. darin unterstützt werden, geeignete Themen fachspezifisch in ihren Unterricht zu integrieren, für beinahe jedes Schulfach können unsere Regionalzentren entsprechende Materialien und Methoden anbieten.

Um demokratiefeindlichen Positionen den Nährboden zu entziehen, muss demokratisches Miteinander mehr sein als ein utopischer Anspruch: eine erlebbare und konkrete Alltagspraxis möglichst vieler Menschen. Nur durch aktive Teilhabe an politischen Prozessen können Menschen Demokratie als eine Chance und Bereicherung wahrnehmen und sich für das Gelingen gesellschaftspolitischer Prozesse mitverantwortlich fühlen.

Demokratiebildung sollte so früh wie möglich beginnen, ideal für gezielte Anreize sind die Lernorte KiTa und Grundschule. Für die meisten Kinder ist der Besuch einer Kindertagesstätte, spätestens jedoch der Besuch der Grundschule, der Eintritt in eine erste größere Gruppe als

**Befähigung zur Demokratie
... durch demokratische
Erfahrungen**

die Familie. Gleichzeitig tritt neben die private erstmals eine öffentliche Institution, die somit das Bindeglied zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft bildet. Die Erfahrungen, die Mädchen und Jungen hier machen, prägen ihre Biographien. Maßnahmen, die dazu beitragen, Kindern bereits in diesem frühen Lebensalter positive Erfahrungen mit demokratischen Grundprinzipien zu vermitteln, können den Grundstein für eine gelungene soziale Interaktion und Integration und damit die Basis einer zukünftigen Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen bieten. Die Ergebnisse aktueller Jugendstudien zeigen, dass die Mehrzahl der Jugendlichen mit ca. 12 Jahren bereits eine stabile Werteorientierung aufweist, die sich in ihren Eckpunkten danach nur schwer ändert.

Entscheidend für eine gelingende Auseinandersetzung mit demokratischen Werten ist sowohl die Haltung des Lehrenden als auch eine demokratische Struktur des Lernumfeldes. Ziel sollte die Schaffung eines Klimas sein, in dem ein ehrlicher und gleichberechtigter Austausch über Wertorientierungen und Haltungen sowie die daraus resultierenden politischen Positionen möglich ist. Kinder sollen so früh wie möglich die Erfahrung machen, dass ihre Wünsche und Bedürfnisse wahrgenommen und respektiert werden, die Möglichkeiten ihrer Umsetzung aber einerseits von festen Rahmenbedingungen und andererseits von den Interessen und Bedürfnissen anderer abhängig sind. Basierend auf den Konzepten des Erfahrungslernens werden durch unsere Regionalzentren für jede Altersstufe adäquate Angebote demokratiefördernder Bildungsmaßnahmen bereitgehalten und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für deren Umsetzung geschult.

Obwohl flächendeckend auf den ersten Blick vielfältige Möglichkeiten zu gesellschaftspolitischem Engagement bestehen, hat die politische Praxis noch viel positiven Entwicklungsspielraum. Die etablierten politischen Parteien verlieren seit Jahren an Mitgliedern und für die Haupt- und Ehrenämter in kommunalpolitischen Strukturen finden sich oft nur sehr schwer Freiwillige. Die Gruppen der politisch Aktiven sind bezüglich ihrer Bildungswege, Berufe, Kultur, Religion, Lebensgestaltung in der Regel weitaus homogener als der Bevölkerungsquerschnitt. Männer sind z. B. immer noch weit überproportional vertreten. Viele Bevölkerungsgruppen fehlen bei der verfassten demokratischen Mitwirkung weitgehend oder völlig. All dies sind deutliche Anzeichen dafür, dass politische Bildung und Beratung auch eine aktive Strukturentwicklung umfassen muss, um die Gelegenheit zu demokratischem Engagement zugänglicher und attraktiver zu machen. Vor allem in den ländlichen Regionen des Nordostens fehlt es aber mitunter auch schlicht an Möglichkeiten für demokratisches Engagement. Der Kreistag ist weit weg, der Landtag noch weiter. Struktur-

Gelegenheit zur Demokratie

entwicklung bedeutet vor allem dort auch die Förderung von regionalen demokratischen ‚Vorfeldorganisationen‘ wie Initiativen, Vereinen, Elterngruppen etc.

Vielleicht ist es auch die Ermangelung konstruktiver Ausdrucks- und Aktionsmöglichkeiten die Bürgerinnen und Bürger für (rechts-)populistische oder rechtsextreme Heilsversprechen empfänglich macht? Zum Teil hat sich sogar eine rechtsextreme Bewegung etabliert, die durch die Gründung von Vereinen und Bürgerinitiativen erfolgreich in das zivilgesellschaftliche Vakuum eindringt.

Die Arbeit unserer Regionalzentren entwickelt und erweitert die zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen. Die vorhandenen Ressourcen werden genutzt und gepflegt, und durch Vernetzung und Aktivierung neue Gestaltungsspielräume eröffnet. Dabei ist der Brückenschlag zwischen staatlichen Akteuren, aus Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Polizei, Präventionsräten etc. mit zivilgesellschaftlichen Strukturen eine wichtige Aufgabe. Ziel der Vernetzungstätigkeit ist auch die öffentlichkeitswirksame Darstellung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Seine Wahrnehmbarkeit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, auch das Bild der Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform realistischer zu gestalten und anhand positiver Beispiele immer mehr Menschen für eine aktive Mitgestaltung des Gemeinwesens zu motivieren.